

Berliner Morgenpost vom 18. August 2012

Grüne fordern von Wowereit eine Regierungserklärung

Ramona Pop "fassungslos". FDP plädiert für seinen Rückzug

Die Fraktionschefin der Grünen, Ramona Pop, trug am Tag danach Schwarz. "Ich bin fassungslos, offensichtlich gibt es immer noch keine konkreten Zahlen und Klarheit darüber, was auf der BER-Baustelle los ist", sagte Pop auf der Fraktionsklausur der Grünen in Kremmen. Die Grünen fordern nun eine Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters, Klaus Wowereit, um dem Parlament endlich Auskunft über das tatsächliche Ausmaß des Flughafendesasters zu geben. "Was wir bisher erfahren haben, lässt Schlimmes befürchten", sagte Pop.

Aufsichtsratsplätze abgeben

Wie die "Bild am Sonntag" unterdessen vorab berichtete, fordert die FDP den Rückzug des Regierenden Bürgermeisters und von Ministerpräsident Platzeck aus dem BER-Aufsichtsrat. Generalsekretär Patrick Döring sagte der Zeitung: "Hilfen kann es nur geben, wenn in Berlin Veränderungen vorgenommen werden."

Der Finanzexperte der Grünen, Jochen Esser, spekulierte bei der Klausur, dass der Senat das Geld aus den erwarteten zusätzlichen Steuereinnahmen und nicht benötigtem Geld für die Berliner Immobilienholding nehmen will. "Die Rechnung passt auf einen Bierdeckel", sagte Esser.

Dort ging es auch um weitere Rechnungen. Nämlich um die jährlichen Stromzahlungen der Berliner, die damit 370 Millionen Euro zur Förderung erneuerbarer Energien beitragen. Jährlich kommen aber nur 25 Millionen Euro als Fördergeld zurück. Das soll sich nach dem Willen der Grünen ändern. "Wir fordern den Senat auf, sich dafür einzusetzen, dass mehr Geld für den Ausbau erneuerbarer Energie ankommt", sagte der Umweltexperte der Grünen, Michael Schäfer. Insgesamt stellen die Bundesländer 16 Milliarden Euro zur Verfügung, mit denen Investitionen in Windräder und Solardächer unterstützt werden. Während in Berlin nur 0,23 Prozent der Mittel ankommen, fließt nach Bayern das 130-fache des Betrages (3,3 Milliarden Euro). "Diejenigen, die den Länderfinanzausgleich in Frage stellen, werden dadurch von uns mitfinanziert", kritisierte der Grünen-Europaabgeordnete Sven Giegold.

Damit Berlin mehr als bislang zur Energiewende beitragen kann, sollte nach den Vorstellungen der Partei auch die Förderung energetischer Sanierungen mit der Umlage möglich sein. Die Grünen fordern, Vorranggebiete in der Stadt zu bestimmen, in denen die energetische Sanierung vorgenommen werden kann. Eine zentrale Herausforderung der kommenden Jahre wird nach Ansicht der Grünen die Aufrechterhaltung der Mobilität sein, ohne die Umwelt zu belasten.

MoPo 18/08/12